

Protokoll

der im städtischen Sitzungssaale stattfindenden 7. öffentlichen
Gemeinderats-Sitzung der Stadt Zwettl

am 15. Dezember 1961

Vorsitzender: Bürgermeister Franz Eigl

Gegenwärtig die Herren:

1. Vizebürgermeister: Hermann Feucht
2. Vizebürgermeister: OSR. Josef Pexider

Geschäftsführende Gemeinderäte: Dr. Anton Denk, Ehrenfried Teufl,

Leopold Anderl, Johann Winkler

Gemeinderäte: GR. Dr. Rudolf Wolf, GR. Dr. Edgar Rosenmayr, GR. Ing. Rudolf Slatner,

GR. Johann Haider, GR. Johann Prinz, GR. Anton Lindner, GR. Rupert Manauschek,

GR. Labg. Anton Anderl, GR. Dr. Hans Hermann, GR. Franz Wimmer,

GR. Georg Katzgraber, GR. Leopold Harrauer

Entschuldigt: Städttrat Karl Almeder, GR. Karl Hagl.

Nicht entschuldigt: --

Nachdem der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit der Versammlung konstatiert hat, wird die Sitzung eröffnet.

1.) Müller Willibald, Zwettl, Propstei 3, Wohnungsvergebung.

Der Bürgermeister berichtet, daß mit heutigem Tage Frau Mathes die Schlüssel ihrer Wohnung im gemeindeeigenen Hause, Zwettl, Galgenbergstraße 30, (Epidemiespital), abgegeben habe, da sie nach Wien übersiedelt. Die Wohnung könne also neu vergeben werden. In Übereinstimmung mit dem bereits in der vorigen Gemeinderatssitzung gefassten Beschluß beantragt der Bürgermeister, diese an Willibald Müller, Zwettl, Propstei 3, zu vermieten. Die Wohnung besteht lediglich aus 2 Räumen im Ausmaß von ca. 30 m² und ist daher für eine größere Familie nicht geeignet.

Vizebürgermeister Pexider erklärt, seine Fraktion schließe sich dem Antrag einstimmig an.

Einstimmig angenommen.

2.) Dienstwohnung des a.ö. Krankenhauses im Hause Gartenstraße 2.

Der Bürgermeister teilt mit, daß der Sekundararzt Dr. Globits mit 31.12.1961 gekündigt habe und somit auch die bisher von ihm benützte Dienstwohnung frei werde. Der Stadtrat habe diese Wohnung dem Oberarzt des Krankenhauses Dr. Rieger zugesprochen und er beantrage die nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat.

Einstimmig angenommen.

3.) Esso Standard, Errichtung einer Tankstelle.

Der Grundeigentümer Karl Schneider, Zwettl, Kamptalstraße 22, hat neuerlich gemeinsam mit der Firma Esso Standard, Wien II., Hafenzufahrtsstraße 21, um die baubehördliche Genehmigung zu der Errichtung einer Tankstelle auf dem Grundstück Nr. 1092 und Nr. 1093 angesucht. Darin erklären sich die Gesuchsteller auch bereit, die hinter und neben dem Tankstellenbereich zu liegen kommende Grundfläche der Gemeinde als Parkplatz gegen einen jährlichen Anerkennungs-zins zur Verfügung zu stellen. Vom L.A. B/2 A liege außerdem bereits eine positive Begutachtung der Situation vor, in welcher ausdrücklich festgestellt werde, daß aus verkehrstechnischen Gründen keine wesentlichen Bedenken gegen das Projekt bestünden.

Der Bauausschuß beantragt, keine Ausnahme vom Flächenwidmungsplan zu bewilligen.

Einstimmig angenommen.

4.) Garagenraum für Gendarmerieposten Zwettl.

Das Gendarmeriepostenkommando hat um mietweise Überlassung eines Garagenraumes in der alten Postgarage zur Unterbringung seiner bundeseigenen Kraftfahrzeuge angesucht.

Der Stadtrat beantragt, dem Ansuchen stattzugeben und dem Gendarmeriepostenkommando einen Garagenabteil in der Breite eines Tores unter Zugrundelegung der Richtsätze für Garagemieten zu überlassen.

GR. Labg. Anderl spricht sich dafür aus, nach Möglichkeit auch dem Mechanikermeister Erhart, der schon mehrere diesbezügliche Ansuchen eingebracht habe, ebenfalls noch zusätzliche Räume der alten Postgarage zuzuweisen.

Der Bürgermeister erklärt hiezu, daß die Gemeinde selbst die noch nicht vergebenen Räume behalten müsse.

Einstimmig angenommen.

5.) Vorplatzbeleuchtung vor dem Neubau der Bezirkshauptmannschaft.

Vom Amt der n.ö. Landesregierung, L.A. I/D-GV, wurde die Stadtgemeinde ersucht, die vom Land errichtete Vorplatzbeleuchtung beim neuen Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft in das öffentliche Netz der Straßenbeleuchtung zu übernehmen.

Laut Auskunft der NEWAG-Betriebsstelle Zwettl betragen die

jährlichen Stromkosten hierfür S 3.160,80, wozu noch die Kosten der Betreuung und Instandhaltung hinzukämen.

Da einerseits weder vor noch während der Errichtung dieser Beleuchtungseinrichtung das Einvernehmen mit der Stadtgemeinde hergestellt wurde, und andererseits eine derartig großzügige Beleuchtung die ganze Nacht hindurch überflüssig erscheint, schlägt der Stadtrat vor, einer Übernahme in das öffentliche Netz nur unter der Bedingung zuzustimmen, daß seitens der Landes ein Betrag von S 25,00 jährlich für die Stromkosten überwiesen wird. Diese Regelung soll jedoch gegen jederzeitigen Widerruf gelten. GR. Labg. Anderl beantragt namens der SPÖ-Fraktion, das Ersuchen des Amtes der n.ö. Landesregierung überhaupt abzuweisen. Stadtrat Dr. Denk beantragt, den Antrag des Stadtrates zu genehmigen, jedoch mit der Einschränkung, daß die Wartung und Betreuung der nicht auf Gemeinde- oder öffentlichem Grund befindlichen Leuchten nicht von der Gemeinde übernommen wird. Die Abstimmung über den Antrag des GR. Labg. Anderl ergibt

Die Abstimmung über den Antrag des Stadtrat Dr. Denk ergibt


8 Stimmen dafür
11 Stimmen dagegen.
11 Stimmen dafür
8 Stimmen dagegen.

6.) Verkauf des Postamtsgebäudes.

Auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 25. August 1961 wurde der Post- und Telegraphendirektion das derzeitige Postamtsgebäude zum Preis von S 1,679.000 zum Kauf angeboten. Mit Antwortschreiben vom 15.11.1961, Zl. 81.377-10/1961, bietet die Post- und Telegraphendirektion unter Hinweis auf die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten einen Betrag von S 800.000. Das Gebietsbauamt IV, Krems, wurde nun ersucht, bis zur Gemeinderatssitzung ein neues Schätzungsgutachten zu erstellen. Nachdem dieses noch nicht vorliegt, beantragt der Bürgermeister, ein engeres Verhandlungskomitee mit den weiteren Verhandlungen zu betrauen.

Nach längerer Debatte wird der Bürgermeister* und die Stadträte Almeder (Finanzreferent) und Anderl (Baureferent) mit den weiteren Verhandlungen betraut.


die beiden Vizebürgermeister

Einstimmig angenommen.

7.) Schularztkosten für Zöglinge des Institutes der Schulschwestern.

Von der Direktion der Privat-Mädchen-Volks- und Hauptschule im Institut der Schulschwestern in Zwettl wurde das Ansuchen um Übernahme der schulärztlichen Kosten durch die Gemeinde für jene Pflichtschülerinnen, die in Zwettl wohnhaft sind, gestellt. Nach den Richtlinien der n.ö. Landesregierung beträgt das schulärztliche Honorar für die zweimalige Untersuchung im Laufe eines Schuljahres derzeit S 8,--. Im heurigen Schuljahr besuchen 65 Zwettler Pflichtschülerinnen die Volks- und Hauptschule des Institutes.

Der Stadtrat empfiehlt, dem Ansuchen stattzugeben.


Einstimmig angenommen.

8.) Rauchfangkehrer, Kehrtariferhöhung.

Mit Erlaß vom 17.11.1961, L.A.V/1-38-6-1961, wurde die Gemeinde aufgefordert, zum Antrag der Landesinnung der Rauchfangkehrer auf Erhöhung des geltenden Maximaltarifes um 25% Stellung zu nehmen.

Der Stadtrat beantragt, gegen diese Erhöhung Stellung zu nehmen, da sich seit 27.6.1957 die Lebenserhaltungskosten keineswegs um 25% erhöht haben.

Vizebgm. OSR. Pexider erklärt namens der SPÖ-Fraktion, daß diese sich dem Antrag des Stadtrates vollinhaltlich anschließen und gegen jegliche Erhöhung eintreten.



Stadtrat Dr. Denk erklärt namens seiner Fraktion, daß auch diese gegen eine generelle Erhöhung des Maximaltarifes um 25% sei und lediglich einer solchen Erhöhung zustimmen könnte, die in tatsächlichen Kostensteigerungen seit Juni 1957 begründet sei. Die Abstimmung über den Antrag der SPÖ-Fraktion auf Antrag auf generelle Ablehnung jeder Kostenerhöhung ergibt

Die Abstimmung über den Antrag der ÖVP-Fraktion ergibt

8 Stimmen dafür und
11 Stimmen dagegen.
11 Stimmen dafür und
8 Stimmen dagegen.

9.) Österreichischer Zivilschutzverband, Gründungsbeitrag.

Über Empfehlung der beiden n.ö. Gemeindevertreterverbände beantragt der Stadtrat, an den Österreichischen Zivilschutzverband einen einmaligen Gründungsbeitrag von S 1,-- pro Einwohner zu leisten.

Einstimmig angenommen.

10.) Preiss Maria, Karl-Werner-Straße 2, Übertragung des Mietrechtes auf Adolf Erhart.

Als Mieterin der im gemeindeeigenen Hause, Karl-Werner-Straße 2, ebenerdig gelegenen Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern, Kabinett, Küche und Bad, ersucht die Genannte um Zustimmung der Gemeinde als Hauseigentümerin zur Übertragung des Mietrechtes auf ihren Schwiegersohn Adolf Erhart, der seit seiner Verheiratung diese Wohnung mitbenützt und nach Angabe der Frau Preiss auch die Meite hierfür bezahlt.

Einstimmig angenommen.

11.) Müller Maria, Zwettl, Gradnitztalweg 1.

Die Genannte hat darum angesucht, ihr einen Teil des gemeindeeigenen Grundstückes Nr. 222/3, und zwar einen Streifen in der Breite ihres Hauses, käuflich zu überlassen, da sich auf diesem Grund sowohl ihr Hausbrunnen als auch ihr Stall befindet. Der Stadtrat beantragt, das Ansuchen zu bewilligen und einen Quadratmeterpreis von S 20,-- festzusetzen.

GR. Dr. Rudolf Wolf beantragt, im Hinblick auf die Bedürftigkeit der Antragstellerin den Preis mit S11,-- pro m² festzusetzen. Dem Verkauf des benötigten Grundstückes zum Preis von S11,-- pro m² wird

einstimmig zugestimmt.

12.) Konsiliarfacharzt Dr. Schnaubelt, Werkvertrag.

Nachdem sich während der Ausschreibungsfrist, d.h. bis 31.10.1961, lediglich Facharzt Dr. Schnaubelt um die Stelle eines Konsiliarfacharztes für Hals- Nasen- und Ohrenkrankheiten am a.ö. Krankenhaus beworben hat, wurde sein Ansuchen samt allen Anlagen dem L.A. VII/3 mit dem Antrag auf Genehmigung gemäß § 38, Abs. 7, dem n.ö. KAG. vorgelegt.

Vom Gemeinderat wären nun die näheren Bestimmungen des Werkvertrages zu beschließen.

Nach Rücksprache mit Dr. Schnaubelt beantragt der Stadtrat folgende Regelung:

A - für die konsiliare Beratung der stationären Patienten:

Honorar - Einzeltarif für Ordinationen und Visiten der Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten, und zwar für den ersten Patienten eine Visite, für die folgenden Patienten je eine Ordination.

B - Für die operative Tätigkeit an stationären Patienten:

1. Für Selbstzahler der höheren Gebührenklasse Honorar nach freiem Ermessen.

2. Für Bundeskrankenkassemitglieder der zweiten Gebührenklasse nach den vertraglich vorgesehenen Tarifen.

3. Für Mitglieder sämtlicher übriger Pflichtkrankenkassen, Selbstzahler der 3. Gebührenklasse und für Befürsorgte:

1/2 Tarif der n.ö. Gebietskrankenkasse für Operationen (Einzelverrechnung).

Vizebürgermeister Feucht beantragt zusätzlich diesen Werkvertrag

Erlaubt

Erlaubt

Erlaubt

Erlaubt

vorerst für ein Jahr befristet abzuschließen.

Einstimmig angenommen.

13.) Weihnachtsgabe an Befürsorgte.

Der Stadtrat beantragt, wie alljährlich den Dauerbefürsorgten sowie sonstigen Bedürftigen eine Weihnachtsgabe von S 60,--(je) und einen Weihnachtsstriezel zuzuwenden.

Die Zusammenstellung der Liste der zu Beteilenden soll durch die beiden Herren Vizebürgermeister erfolgen.

Einstimmig angenommen.

14.) Gemütliches Zusammensein der Gemeindebediensteten.

In der Stadtratsitzung vom 7.12.1961 wurde von Herrn Stadtrat Winkler der Antrag gestellt, sämtliche Gemeindebediensteten zu einem gemütlichen Beisammensein einzuladen. Die endgültige Entscheidung wurde an den Gemeinderat verwiesen, wobei Herr Stadtrat Winkler beauftragt wurde, durch eine Rundfrage bei den Gemeindebediensteten festzustellen, ob der Wunsch nach einer solchen Veranstaltung bei ihnen besteht.

Stadtrat Winkler berichtet, daß die von ihm durchgeführte Befragung ergeben habe, daß die Bediensteten der Gemeinde an einem gemütlichen Beisammensein nicht interessiert sind, sondern sich für eine finanzielle Zuwendung ausgesprochen hätten. Er beantragt daher, sämtlichen Gemeindebediensteten eine einmalige Geldzuwendung zu bewilligen.

Stadtrat Dr. Denk erklärt namens der ÖVP-Fraktion, daß diese der Veranstaltung eines gemütlichen Beisammenseins zugestimmt hätte. Eine finanzielle Zuwendung an sämtliche Gemeindebedienstete würde auf Grund der finanziellen Lage der Gemeinde aber für sie nicht akzeptabel sein.

Das von Stadtrat Winkler vorgeschlagene gemütliche Beisammensein hätte vielleicht S 20,-- pro Person gekostet und es sei nicht anzunehmen, daß mit diesem Betrag als finanzielle Zuwendung auch nur einem Gemeindebediensteten eine Freude gemacht worden wäre. Allein eine Zuwendung von S 100,-- pro Person würde bereits rund S 12.000 erfordern. Außerdem hätten ja erst in der letzten Gemeinderatssitzung die Arbeiter als Anerkennung für ihre Leistungen im abgelaufenen Jahr eine freiwillige Sonderzahlung der Gemeinde von S 250,-- pro Mann erhalten.

Nach längerer Debatte, an der sich Labg. Anderl, Stadtrat Teufl und GR. Haider beteiligen, wird der Antrag des Stadtrates Winkler auf Gewährung einer finanziellen Zuwendung an die Gemeindebediensteten zur Abstimmung gebracht.

Die Abstimmung ergibt

*Vbgm. OSR. Pexider

8 Stimmen dafür und
11 Stimmen dagegen.

A N T R Ä G E:

15.) Abgangsdeckung der öffentlichen Krankenanstalten, Resolution.

Vizebürgermeister OSR. Pexider stellt namens seiner Fraktion den Antrag, folgende Resolution zu beschließen und an die zuständigen Stellen weiterzuleiten:

" Eine Novellierung des Krankenanstaltengesetzes erscheint dringendst notwendig. Während früher der Bund und das Land je 3/8 und die spitalerhaltenden Gemeinden nur 2/8 des Abganges der Krankenhäuser zu tragen hatten, haben auf Grund des Krankenanstaltengesetzes vom 5.11.1957 die Gemeinden als finanziell schwächste Gruppe 34% des Abganges zu tragen. Früher leistete also der Bund und das Land 37,5% und die Gemeinden 25%, nunmehr leistet der Bund bloß 18,75%, das Land 27,25%, der Krankenanstaltensprengel 20% und die Gemeinden am Sitze der Krankenanstalten 34%. Die kleinste Zelle des Staates, die Gemeinde, hat die höchsten Lasten zu tragen.

Der Abgang der Krankenhäuser steigt von Jahr zu Jahr und werden ihn finanziell schwache Gemeinden bald nicht mehr tragen können. Der Abgang beträgt nach dem Voranschlag für 1962 für das Land Niederösterreich bereits S 80,303.000. Anlässlich der Verhandlungen über den Finanzausgleich wurde den Gemeinden ausdrücklich zugesagt, daß ihnen neue Lasten nicht mehr übertragen werden können. Neben anderen seit 1957 bereits eingetretenen Belastungen der Gemeinden, steigt nunmehr der Abgang der Krankenanstalten immer mehr an, sodaß die Gemeinden die Beträge nicht mehr leisten können, umsomehr auch der finanziell stärkste Partner, der Bund, seit Jahren seine Beiträge nicht termingemäß abführt.

Der Gemeinderat der Stadt Zwettl ersucht daher das Land, besonders aber den Bund und deren Vertretungen, Landtag, sowie Nationalrat, sobald als möglich die sptt'alserhaltenden Gemeinden weiterhin fühlbar zu entlasten und den von diesen zu leistenden %-Satz entsprechend herabzusetzen."

Der Bürgermeister erklärt, daß er sich dem Antrag vollinhaltlich anschließe.

Die Resolution wird sodann

einstimmig angenommen.

16.) Kanalreinigungsgerät-Anschaffung.

Stadtrat Dr. Denk berichtet, daß die durch das Unwetter im Juni vermuteten Kanäle die Anschaffung eines Kanalreinigungsgerätes notwendig gemacht haben. Die Bestellung ist bereits erfolgt und er beantragt die nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat. Die Kosten von ca. S 21.000 wurden von der Firma entgegenkommenderweise bis April gestundet.

Einstimmig genehmigt.

17.) Da es sich um die letzte Sitzung des Jahres handelt, gibt der Bürgermeister einen kurzen Überblick auf die Leistungen der Gemeinde im Jahre 1961, insbesondere führt er an:

Instandsetzung der Räume des Gemeindeamtes, Adaptierung der neuen Räume für Musikschule, Volkshochschule, Mutterberatung, Neueinrichtung der Volksbücherei.

Die Abgangsdeckung für das Schülerheim hat einen Betrag von S 87.000 erreicht, die des Krankenhauses 240.000. Der Sportverein wurde bei der Aufstellung der neuen Bänke am Sportplatz durch Beistellung des Holzes im Wert von S 3.200 unterstützt. Die Feuerwehr erhielt für die Errichtung einer Funkanlage einen Beitrag von S 10.000. Für Renovierungen der Gemeindehäuser wurden bisher S 60.000 aufgewendet. Für die Erstellung von Abteilungsplänen von Baugründen wurden S 30.000 ausgegeben.

An größeren Bauvorhaben wurden durchgeführt: Realgymnasium-Bau, Kanalisation der Ottenschlägerstraße, Brühlsiedlung, Kremserstraße, Kesselboden und Gerungserstraße. Die Straßendecken in der Floriengasse und Bürgergasse erhielten einen Asphaltbelag. Die Alpenlandstraße, Franz-Josef-Straße, Gradnitztalweg, Moidramserweg, Propsteigasse und Straßen der Friedenssiedlung wurden durch Gräderung instandgesetzt.

Die Straßenbeleuchtung wurde erweitert bzw. verbessert (für die Allentsteigerstraße, Gerungserstraße, Brühl-Siedlung, Weitraerstraße). Zur Wasserversorgung wurde der neue Hochbehälter am Propsteiberg fertiggestellt, ebenso eine neue Filteranlage. Insgesamt wurden für die Wasserleitung S 515.000 aufgewendet.

Diese kurze Aufstellung zeige, so führte der Bürgermeister weiter an, daß die Arbeit des Gemeinderates wirklich erfolgreich war. Nicht zuletzt sei es aber auch ein Erfolg der sachlichen Zusammenarbeit der beiden Fraktionen. Als Bürgermeister danke er auch der Minderheits-Fraktion, daß sie jederzeit zu sachlicher Zusammenarbeit und Mitverantwortung bereit war. Er danke aber auch seinen eigenen

Fraktionskollegen für die ihm gewährte Unterstützung und wünsche sämtlichen Mitgliedern des Gemeinderates recht frohe Weihnachten und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1962.

Namens der ÖVP-Fraktion dankt Stadtrat Dr. Denk dem Bürgermeister für seine Glückwünsche, erwidert sie, und dankt auch der SPÖ-Fraktion für die sachliche Zusammenarbeit.

Namens der SPÖ-Fraktion stellt Labg. Anderl mit Genugtuung fest, daß sowohl seitens des Bürgermeisters als auch der ÖVP-Fraktion die Notwendigkeit der sachlichen Zusammenarbeit besonders herausgestellt worden sei und erklärt die Bereitschaft seiner Fraktion, auch in Zukunft dafür einzutreten. Er wünsche dem Herrn Bürgermeister, sämtlichen Mitgliedern des Gemeinderates sowie den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Gemeinde ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr.

Da er eben erfahren habe, daß der Herr Bürgermeister am 16. Dezember seinen Geburtstag feiere, entbiete er ihm dazu die herzlichsten Glückwünsche.

Stadtrat Dr. Denk gratuliert namens der ÖVP-Fraktion dem Herrn Bürgermeister zum Geburtstag.

Die Protokollprüfer:



Der Bürgermeister:



Schriftführer:

